

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

**Eine Verdopplung
des Rüstungs-
etats heißt:
Weniger Geld für
die öffentlichen
Haushalte**

Seite 6

**Was bringt eine
Sozialchipkarte?**

Lesen Sie Seite 5

**Links wirkt:
Bedürftige erhalten 20
Prozent mehr für die
Erstausstattung einer
Wohnung.** *Seite 4*

**Nassauische
Heimstätte
soll in der
Wetterau
bauen!**

DIE LINKE. Kreistagsfraktion hat den Kreisausschuss aufgefordert, mit der Nassauischen Heimstätte Kontakt aufzunehmen. Ziel ist, dass die Wohnungsbaugesellschaft im Wetteraukreis bezahlbaren Wohnraum baut. Außerdem soll der Kreisausschuss gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ausloten, welche Baugrundstücke zur Verfügung gestellt werden können. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf Friedberg zu richten: Dort bietet das Kasernengelände gute Möglichkeiten, in großem Umfang den Bau von bezahlbarem Wohnraum zu realisieren.

Weiter auf Seite 2

Klimanotstand anerkennen!

Kopf aus dem Sand! Jetzt handeln!

An sich braucht der Klimanotstand nicht mehr ausgerufen zu werden. Er ist längst eingetreten – und das mit aller Wucht. Der menschengemachte Klimawandel übertrifft alle natürlichen Klimaeinflüsse um ein Vielfaches. Es ist dringend nötig, auch vor Ort alles zu tun, den CO₂ Ausstoß zu senken, die Wasserressourcen zu schonen und Bodenversiegelungen zu vermeiden.

DIE LINKE. hat deshalb im Kreistag beantragt, den Klimanotstand anzuerkennen. Zukünftig sollte bei allen

Vorhaben und Beschlüssen des Kreistags der Klimaschutz Vorrang haben. Auch

Fortsetzung Seite 2

Lesen Sie auf Seite 3:

**Jobcenter verschiebt Hilfgelder
in die Verwaltung**

Fortsetzung von Seite 1

Nassauische Heimstätte...

Die Hessische Landesregierung wirbt derzeit bei den Kommunen rund um Frankfurt dafür, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dafür stehen 75 Millionen Euro zur Verfügung. Doch es fehlt an ausreichendem Bauland. Zusammen mit der Nassauischen Heimstätte und der Hessischen Landgesellschaft wurde eine Baulandoffensive gestartet. Die Kommunen sollen bei der Baulandentwicklung unterstützt werden.

Vielerorts im Wetteraukreis wurde Bauland an private Investoren verkauft und es entstanden hochpreisige Wohnungen. Hier ergibt sich nun eine Möglichkeit, das Land Hessen als Investor zu gewinnen. Der Kreis kann helfen, Bauland der privaten Verwertung zu entziehen, damit bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann.

Fortsetzung von Seite 1

Kopf aus dem Sand! Jetzt handeln!

sollte die Volkshochschule des Wetteraukreises Klimafit-Kurse und Veranstaltungen anbieten, die sich an der Initiative des WWF (Welt-Naturstiftung) orientieren.

Vernetzung nötig!

Städte wie Konstanz, Marburg, Wiesbaden, Rüsselsheim, Heidelberg, Saarbrücken, Kiel, Bochum, Bottrop, Gelsenkirchen, Hamm, Herford, Münster, Drensteinfurt uvm. haben sich mit dem Anliegen vernetzt, eine konsequente Klimapolitik vor Ort durchzusetzen. Sie treten öffentlich dafür ein, gemäß dem Pariser Klimaschutzabkommen die Erderwärmung auf 1,5 Grad, mindestens aber auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen.

Andere Schwerpunkte

Wie seinerzeit bei der Haushaltskonsolidierung erfordert dies einen Paradigmenwechsel: Weg vom einfachen Wachstumsmanagement mit all seinen fata-

len lokalen, regionalen wie weltweiten Klima-Auswirkungen. Hin zu einer Politik, die ihr Handeln auf die Folgen für die Umwelt überprüft. Und dies als Pflichtaufgabe für alle Ämter und Dezernate.

Klimagerechtigkeit ist sozial!

DIE LINKE. sieht darüber hinaus die Notwendigkeit, Klimaschutz und Strukturwandel auf allen Ebenen sozial gerecht umzusetzen. Eine CO₂ Steuer darf nicht als Massensteuer eingeführt werden. Es müssen diejenigen belastet werden, die viel CO₂ erzeugen: Die Großverbraucher und die wohlhabenden Haushalte. Schon im Jahr 2015 stellte die Entwicklungsorganisation Oxfam einen Bericht vor, der die konsumbedingten Emissionen der Menschen vergleicht: Es sind vor allem die reichsten 10 Prozent, die durch ihren extremen Konsum zum Klimawandel beitragen.

Folge 15:

flopcenter

Geld für Hilfe fließt in Verwaltung

Eine Milliarde Euro, die für Umschulungen, Ausbildung und Training Arbeitsloser vorgesehen waren, wurden 2018 in die Jobcenterverwaltung umgeleitet. Statt Hilfe erhalten Betroffene unzählige Formulare.

Ein Beispiel: Eine Frau beginnt eine Arbeit. Nach ein paar Tagen wird sie wieder entlassen. Der Arbeitgeber nennt keine Gründe. Das muss er innerhalb der Probezeit auch nicht. Die Frau legt die Kündigung dem Jobcenter vor, weil sie wieder Grundsicherung braucht. Doch erst einmal kommt ein langer Fragebogen. Trotz des Kündigungsschreibens will das Jobcenter nochmal die Umstände der Kündigung genau geschildert haben. Es könnte ja sein, die Frau sagt was aus, das eine Leistungskürzung rechtfertigt. Das Misstrauen ist riesig. Und entsprechend riesig

ist die Formularflut. Immer wieder werden Nachweise eingefordert, auch für Sachverhalte, die sich nicht geändert haben. Immer wieder müssen Angaben gemacht werden, die das Jobcenter schon längst hat.

Dass derzeit ein Viertel des Budgets aus dem Leistungstopf in die Verwaltung fließt, kam durch eine Anfrage der linken Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann ans Tageslicht.

Zimmermann sagt: „Viele erwerbslose Menschen wünschen sich eine bessere Unterstützung, wie zum Beispiel Weiterbildungsangebote. Die werden aber leider oft versagt. Statt Erwerbslose weiterhin aufs Abstellgleis zu schieben und zu drangsaliieren, muss ausreichend Geld zur Förderung und Betreuung bereitgestellt werden.“



Endlich! Hartz 4 schafft Arbeit!

Ein Mietspiegel für die Wetterau

Der Wetteraukreis hat keinen Mietspiegel; das heißt, Mieter/innen erhalten keine Übersicht über die marktübliche Vergleichsmiete. Stattdessen hat der Kreis ein so genanntes „Schlüssiges Konzept der Mietobergrenzen“

ausgearbeitet. Ein solches „Schlüssiges Konzept“ bezieht die Situation auf dem Wohnungsmarkt und die marktüblichen Mietpreise nicht ausreichend ein. In das „Schlüssige Konzept“ vom 1. Januar 2018 waren

LINKS wirkt!

Mehr Geld für Erstaussstattung

Seit einem Jahr dümpelte dieser Antrag der Linken im Sozialausschuss. Jetzt aber kommt er zu einem einigermaßen akzeptablen Abschluss: Die Beihilfe für die Erstaussstattung einer Wohnung für bedürftige Menschen wird um 20 Prozent erhöht.

Wenn ein Mensch in Not gerät, braucht er Hilfe. Das gilt zum Beispiel für Frauen, die Gewalt erlebt haben und in ein Frauenhaus geflohen sind. Das gilt für Geflüchtete. Das gilt für Menschen, die durch eine Katastrophe oder Krankheit alles verloren haben. In solchen Notfällen kann es eine Beihilfe für die Erst-

ausstattung einer Wohnung geben.

Am 1. Mai 2016 wurde der Betrag für die Erstaussstattung einer Wohnung vom Wetteraukreis deutlich gekürzt. Statt der zuvor gewährten 2060 Euro für zwei Personen wurden nur noch 1195 Euro genehmigt. Seit April/Mai 2017 zahlten Jobcenter und Sozialamt real

ca. 75 Prozent Bestandsmieten mit eingerechnet. Darunter Wohnungen, die seit Jahrzehnten vermietet sind und deren Mieten weit unter den üblichen Marktpreisen liegen.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion hat deshalb beantragt, einen Mietspiegel zu erstellen. Das dient nicht nur der Vergleichbarkeit, sondern enttarnt auch Mietwucher.

● nur noch einen Betrag von 904 Euro für zwei Personen, oft weniger. Erstaussstattungsgegenstände für Kinder sind gar nicht mehr vorgesehen. Lediglich bei Geburt gibt es eine Beihilfe. Im August 2018 hatte DIE LINKE. beantragt, den Betrag für die Erstaussstattung einer Wohnung wieder auf die Höhe des Jahres 2012 aufzustocken und den Betrag auch wirklich ausbezahlen. Ein Jahr berieten Sozialausschuss und Sozialhilfekommission. Und -Oh Wunder! - es gab einen Kompromiss. Die Beihilfe für Erstaussstattung wird um 20 Prozent heraufgesetzt und zukünftig angepasst, wenn die Grundsicherung erhöht wird.

Was bringt eine Sozialchipkarte?

DIE LINKE. Kreistagsfraktion beantragte bereits mehrmals eine Sozialchipkarte für die Wetterau. Diesmal berechnete der Wetteraukreis die Kosten: Drei Millionen müssten für die Karte eingeplant werden. Das ist auf jeden Fall finanzierbar!



Eine Sozialchipkarte ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Karte ermöglicht Dinge, für die das Geld oft nicht reicht.

Das betrifft beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr, Kulturveranstaltungen, kommunale Einrichtungen (Schwimmbad oder Stadtbibliothek), kommunale Freizeitangebote für Kinder, Mu-

sikunterricht oder Musikverein für Kinder, Sportveranstaltungen, Volkshochschulkurse usw.

Der Wetteraukreis müsste dafür Verhandlungen mit den Städten und Gemeinden aufnehmen, um sich über die Nutzungsmöglichkeiten und den Kostenausgleich zu einigen.

Der Antrag der Linken sieht vor, dass die Chipkarte automatisch zugestellt wird,

wenn Menschen Grundsicherung im Alter bzw. Erwerbsminderung bekommen oder Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe). Ein Antrag ist nötig für Erwerbslose, Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung. Diese Personen müssten einen Nachweis des Einkommens erbringen. (Der vollständige Antrag ist auf der Seite www.die-linke-wetterau.de zu finden.)

Das ist kein Almosen!

Armut ist ein zunehmendes Problem: Inzwischen sind 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands arm oder von Armut bedroht. Glücklicherweise liegt der Armutsanteil im Wetteraukreis darunter, bei etwa 15 Prozent.

Aber auch das ist kein Randphänomen mehr, sondern ein beachtlicher Bevölkerungsanteil. Eine sozial gespaltene Gesellschaft wird auf Dauer keine demokratische Gesellschaft sein.

Wir halten drei Millionen für die Sozialchipkarte für finanzierbar. Wenn ein zweiter Kreisbeigeordneter finanzierbar ist, sollte eine solche soziale Leistung ebenfalls finanzierbar sein!

Warum DIE LINKE Kreistagsfraktion gegen Aufrüstung und Krieg ist:



Eine Verdopplung des Rüstungsetats heißt: Weniger Geld für die öffentlichen Haushalte

Weltweit werden 1822 Milliarden US-Dollar jährlich für Rüstung ausgegeben. 75% davon entfallen auf die westlichen Länder. Russlands Rüstungsetat beträgt 61,4 Milliarden Dollar.

Der deutsche Militärhaushalt soll sich auf 85 Milliarden Euro verdoppeln. Damit würde die Bundesrepublik zur stärksten Militärmacht in der EU und zur drittgrößten der Welt aufsteigen.

Dabei bräuchten wir die Milliarden dringend für längst überfällige Investitionen in unserem Land. Für die Sanierung von Schulbauten, für mehr Lehrer/innen und gut bezahlte Erzieher/innen und mehr Krankenhauspersonal. Oder für den sozialen Wohnungsbau, für besseren Nahverkehr und den ökologischen Umbau.

Führen Sie sich vor Augen: 3 Millionen für eine Sozialchipkarte erscheint im Wetteraukreis zu teuer. Die 70-Millionen - Investitionen in das Gesundheitszentrum Wetterau kommen uns astronomisch vor. Aber 85 Milliarden jährlich für Militär sollen akzeptabel sein?!

DIE LINKE. Kreistagsfraktion hat folgenden Appell in den Kreistag eingebracht: „Der Kreistag des Wetteraukreises ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt

darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.“ Mit Mehrheit wurde der Appell abgelehnt.

Wie viele Sozial- wohnungen gibt es?

Noch immer ist bei den Fraktionen im Wetterauer Kreistag nicht wirklich angekommen, wie drängend die Nachfrage für bezahlbaren Wohnraum ist. DIE LINKE. hat eine Erhebung beantragt, die den aktuellen Bestand an Sozialwohnungen erfragt.

Wer soziale Politik machen will, muss die Probleme kennen. Weil das im Kreistag keineswegs selbstverständlich ist, hat DIE LINKE. zum wiederholten Mal eine Erhebung über den Bestand der Sozialwohnungen im Wetteraukreis beantragt. Dieses Mal wurde der Antrag angenommen.

Es gab bereits 2013 eine erste Erhebung. Auch damals hatte DIE LINKE. aktuelle Zahlen eingefordert. Damals wurde klar: Trotz steigendem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, haben nur drei Kommunen Sozialwohnungen gebaut: Bad Nauheim 42, Karben 12 und Wölfersheim 5. Gleichzeitig fielen viele Wohnungen aus der Mietpreisbindung und die Mieten verteuerten sich. Inzwischen wird in den Wet-

terauer Kommunen wieder gebaut. Ob es sich da aber um bezahlbaren Wohnraum handelt, darf bezweifelt werden. Denn meistens beauftragen Kommunen private Investoren und die bauen im oberen Preissegment. Die Nachfrage am Wohnungsmarkt ist seit 2013 enorm gestiegen.

Inzwischen hat das Institut „Wohnen und Umwelt“ eine Studie für die Hessische Landesregierung erstellt, die den Bedarf im Wetteraukreis bis zum Jahr 2040 auf 24.200 Wohnungen beziffert. Besonders gebraucht werden bezahlbare Mietwohnungen. Von diesen Zielen ist der Wetteraukreis meilenweit entfernt! Wir hoffen, die neue Erhebung bringt Schwung in die Wohnungspolitik des Kreistages!

**Welche Bedeutung
haben heute
Nationalstaaten
für politische
Kämpfe?**



Dr. Peter Birke
Arbeitssoziologe und Gewerkschafter, Uni Göttingen, zum Schwanken der Arbeiterbewegung zwischen Internationalismus und nationaler Abschottung, zum Verhältnis von betrieblichen Kämpfen und Migration und zur Frage, warum die sozialen Bewegungen keinen Abschied vom Proletariat nehmen sollten.

**Montag, 11. 11. 2019
19.30 Uhr, Friedberg
Roter Laden
Usagasse 23**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
CLUB WETTERAU**

